



SPD-Ratsfraktion Göttingen

Geschäftsführung:
Annette Aab

Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Tel: 0551-400-2290
spd-fraktion@goettingen.de
www.spd-fraktion-goettingen.de/

GRÜNE Fraktion der Stadt Göttingen

Geschäftsführung:
Ina Jacobi

Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Tel: 0551-400-2785
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat/

Enkeltaugliche Stadtgestaltung und Mobilitätspolitik für Göttingen

Wir gestalten die Zukunft der Stadt mit der Entwicklung der Stadthalle am jetzigen Standort

Wir gehen nach sehr sorgfältiger Prüfung vieler Alternativen nun davon aus, dass die Kernsanierung der Stadthalle an dem jetzigen Standort den zeitgemäßen Ansprüchen der Nachhaltigkeit entsprechen wird – sowohl aus kulturell-funktionaler, baulicher, finanzieller und sozialer Sicht. Sie soll deshalb weitergeführt werden. Ziel soll es dabei sein, dass die sanierte Stadthalle länger hält als die alte!

Mit der Sanierung am jetzigen Standort ergeben sich Notwendigkeiten, aber auch Chancen für die konzeptionelle, auf die Zukunft ausgerichtete, Weiterentwicklung der Stadt, die in ganzheitliche und zielgerichtete Planungskonzepte eingebunden werden müssen.

Anknüpfend an von der SPD und dem Bündnis90/Die Grünen schon gemeinsam initiierten und beschlossenen Grundsätze der Stadtentwicklung und der Mobilitätswende (Klimaplan Verkehrsentwicklung 2015 und Innenstadtleitbild 2019) wollen wir die Stadthalle und ihr Umfeld zum Ort der Kultur für Alle und zum weitgehend autofrei erlebbaren Raum in einer attraktiven Innenstadt machen. Dazu gehören ihre noch bessere Erreichbarkeit durch Fußgänger*innen, Radfahrende und Omnibus (Umweltverbund), aber auch steuernde Eingriffe, die die Verkehrsmittelwahl positiv beeinflussen.

Insofern wird die nachhaltige Sanierung der Halle auch zum zukunftsfähigen Stadtumbau im Sinne der Bürger*innenfreundlichkeit, des Klimaschutzes und der größeren Attraktivität des Einzelhandels gegenüber der Konkurrenz durch den Online-Handel beitragen. Wir werden dabei dafür sorgen, dass die in Zukunft dringend notwendigen Investitionen in Kultur, Bildung und emissionsfreie Mobilität nicht gefährdet werden.

Bündnis90/Die Grünen und SPD werden für die Stadtentwicklung und im Zusammenhang mit der Sanierung der Stadthalle folgende Maßnahmen umsetzen:

1. Die Umgestaltung des Albaniplatzes in einen urban geprägten Begegnungsort für die kulturelle und gesellschaftliche Nutzung. (analog zu den bereits erfolgten Planungen) Die Umsetzung soll zeitlich direkt im Anschluss an die Sanierung der Stadthalle erfolgen. Dafür wird der Platz in einen verkehrsarmen Shared Space Bereich mit Schrittgeschwindigkeit vor allem für den Anlieferverkehr umgestaltet. Dabei wollen wir eine optimale Lösung für so wenig motorisierten Verkehr wie möglich auf dem Albaniplatz. Wir können uns dafür vorstellen die bestehende Verkehrsführung zu ändern, durch eine Öffnung der Kurzen Geismar Straße und die Umkehrung des Verkehrs in der Langen Geismar Straße. Die Ableitung des Verkehrs erfolgt über die "Obere Karspüle" westlich von der Albani-Kirche Richtung Friedrich-Str. und Herzberger Landstraße.
2. Auf den Bau einer Tiefgarage unter städtischer Regie am Albaniplatz werden wir verzichten (Kostensparnis: ca. 10 Mio. Euro). Wir wollen den Bau einer Tiefgarage durch einen externen Bauherrn prüfen. Dabei darf für die Stadt kein Zuschussbedarf für die Betriebskosten oder Investitionen entstehen.
3. Als Sofortmaßnahme werden wir durch einen Ratsantrag Lade- und Entladeflächen sowie Bewohner*innen-Parkplätzen in der Langen Geismar und Roten Straße durch die Reduktion der öffentlichen Parkmöglichkeiten schaffen.
4. Die Schleife Theaterstraße/Burgstraße werden wir für den Durchgangs- und den Parksuchverkehr schließen. Frei bleiben werden die Straßen für Anlieger und für Lieferverkehre. Die vorhandenen Parkplätze sollen in Bewohner*innenparkplätze umgewandelt werden.
5. Zum Schutze der Bewohner*innen des Ostviertels im Einzugsbereich der Stadthalle werden wir dort ein Parkraummanagement und eine Parkraumbewirtschaftung bei einer effektiven Kontrolle des Ordnungsdienstes mit veranstaltungsbezogenen Kontrollen auch in den Abendstunden einrichten. Die Maßnahme muss spätestens bis zur Fertigstellung der Stadthalle etabliert sein.
6. Wir wollen die sanierte Stadthalle besser an das bestehende Busnetz anschließen und streben deshalb zu ihrer Wiedereröffnung die Einrichtung einer regulär im Netzplan verankerten Nord-Süd-Tangential-Buslinie an, die auch den Albaniplatz bedient. Zugleich soll es einen Veranstaltungs-Shuttle-Service von peripheren Parkplätzen (z.B. Jahnstadion, Schützenplatz, Parkhaus Weender Krankenhaus/Klinikum) zur Stadthalle und dem DT geben. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die GöVB zu beauftragen, umgehend die Kosten für beide Projekte zu prüfen und zu ermitteln.

SPD und Grüne werden 2019 mittels Ratsanträgen die folgenden Initiativen anstoßen.

7. Noch im Jahr 2019 werden wir darauf drängen, dass das System zur technischen Regulierung der Zufahrt zur Innenstadt („Pollerlösung“) im Laufe des Jahres 2020 umgesetzt wird.
8. Ebenfalls durch einen zeitnahen Ratsantrag werden wir den unmittelbaren Einstieg in ein leistungsfähiges Parkleitsystem/ein Parkraum-Management für ganz Göttingen initiieren. Ein wichtiger Bestandteil des Antrages wird dabei die Festlegung auf eine begleitende Bürger*innenbeteiligung sein.
9. Im Bereich der Parkgebühren werden wir eine preisliche Staffelung der Gebühren – wie in Groningen seit 1977 praktiziert – einführen. Die Gebühren sollen zukünftig in Peripherie preiswerter und im Stadtzentrum teurer sein. Wir streben so die Entlastung der Innenstadt vom Autoverkehr ohne Reduzierung der Parkmöglichkeiten an.
10. Wir werden die GöVB generell und langfristig zu einem integrierten Mobilitätsanbieter in öffentlicher Hand umorganisieren, der anhand eines effektiven Mobilitätsplanes und eines Mobilitätsmanagements (Mobilitätszentrale), über den Einsatz von flexiblen Bussystemen (Pendlerbusse, Bürgerbusse, Linientaxis usw.), von e-Ticketing und die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen ein individuell nutzbares und umweltfreundliches ÖPNV-System anbietet.
Im Rahmen dieser Zielvorgaben werden wir ein neues Busbetriebshofkonzept für den Betrieb einer emissionsfreie Busflotte evaluieren und zugleich auch prüfen, wieviel Investitionsmittel dafür nötig sind.

Sofern die Maßnahmen finanzrelevant sind, müssen diese im Nachtragshaushalt 2020 eingestellt werden.

Göttingen, den 16. Mai 2019



für Bündnis90/Die Grünen
Rolf Becker



für die SPD
Tom Wedrins